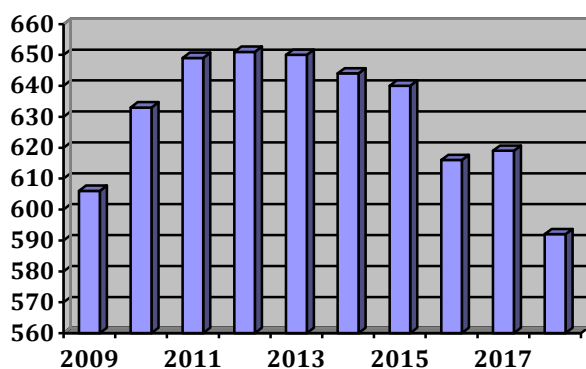


Teuerungsausgleich verteidigt

Durch gezieltes Lobbying im Parlament konnten die Personalverbände verhindern, dass der Artikel zum Teuerungsausgleich aus dem Bundespersonalgesetz (BPG) gestrichen wird. Damit ist wieder klar, dass der Teuerungsausgleich in der Regel bezahlt wird. Leider erfolglos war der Einsatz des VPOD beim Reinigungspersonal: Dieses kann nicht mehr mit einer Überbrückungsrente früher in Pension gehen. Erfolgreich gestartet wurde die vom VPOD initiierte Kampagne zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Und der Vorstand des VPOD Bund arbeitet bereits am nächsten Thema und will Impulse geben, damit der Bund eine Weiterbildungsoffensive startet.

Mitglieder: Auf und ab

Nach dem kleinen Zuwachs im Vorjahr ist 2018 die Mitgliederzahl in der Sektion Bern Bundespersonal um 27 Mitglieder gesunken. Es gab 34 Neueintritte und mit 61 überdurchschnittlich viele Abgänge, was einen neuen Bestand von 592 (Vorjahr 619) Mitgliedern ergibt.



Lohnpolitik

Dass der Bund den Angestellten einen «angemessenen Teuerungsausgleich» ausrichtet (Art. 15 BPG), war rechtsbürgerlichen Parlamentariern ein Dorn im Auge. Eine Motion, die diesen Artikel streichen wollte, wurde nach intensivem Lobbying der Personalverbände im Ständerat abgelehnt. Damit war der Weg frei, dass die Personalverbände für die Bundesangestellten für 2019 den vollen

Teuerungsausgleich aushandeln konnten: 0.8% werden seit 1.1.19, 0.2% ab 1.7. 2019 bezahlt (die Teuerung war 0.9%). Überfällig angesichts der hervorragenden Rechnungsabschlüsse ist aber eine Realloohnerhöhung für alle.

Kampagne zu Vereinbarkeit

Der Vorstand VPOD Bundespersonal hatte in intensiven Diskussionen Forderungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben aufgestellt und die Verbände der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) unterstützten diese und halfen mit bei einer gemeinsamen Kampagne «Beruf & Familie». Es wurde eine breite Umfrage dazu durchgeführt, welche Forderungen für das Personal besonders wichtig sind. Die VGB organisierte eine Veranstaltung zum Thema mit Bundesrat Maurer und Vertreterinnen aus der Privatwirtschaft. Nun geht es darum, dass es konkrete Verbesserungen bei der Vereinbarkeit gibt: Zuoberst auf der Forderungsliste stehen mehr mobiles Arbeiten und ein Rückkehrrecht, wenn Angestellte wegen familiären Verpflichtungen vorübergehend das Pensum reduziert haben.

Überbrückungsrente bei Frühpension

Als Teil eines Sparpaketes beschlossen Bundesrat und Parlament die Streichung des Anspruchs auf eine Überbrückungsrente. Nur noch Angestellte in besonders belastenden Tätigkeiten behalten die Möglichkeit, mit 62 in Rente zu gehen. Da das Eidg. Personalamt die Arbeit des Reinigungspersonals als nicht so belastend einstufte, gelangte der VPOD mit einer Petition, die von mehr als der Hälfte des betroffenen Personals unterzeichnet war, an Bundesrat Maurer. Eine Delegation des Reinigungspersonal traf sich mit ihm zu einer Aussprache. Trotz Sympathie für das Anliegen durch Bundesrat Maurer: Leider blieb es dabei, dass auch das Reinigungspersonal nicht mehr mit einer Überbrückungsrente früher in Pension gehen kann.



Übergabe der Petition an Bundesrat Maurer

Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB)

In der VGB – dem Zusammenschluss der Verbände PVB, Garanto, PVfedpol und VPOD – stand neben den Lohnverhandlungen die Abwehr von bundespersonalfeindlichen Vorstössen aus dem Parlament im Zentrum der gemeinsamen Interessenvertretung. Konstruktiv war auch die Zusammenarbeit bei der Kampagne «Beruf & Familie». Die VGB nahm im Rahmen von Ämterkonsultationen und sieben Medienmitteilungen Stellung zu personalpolitischen Fragen. Zudem wurde eine grundsätzliche De-

batte zur Zukunft der VGB ab 2020 gestartet.

Vorstand und Sekretariat

An der Hauptversammlung 2018 wurde der bestehende Vorstand unter dem Co-Präsidium von Luzia Siegrist und Martin Krebs bestätigt. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind: Monika Haueter, Regula Tschanz, Barbara von Allmen, Bojan Gasic und Marie Launaz. Der Vorstand traf sich 2018 zu fünf Sitzungen sowie einer Retraite. Die Vorstände Bund und Kanton nahmen an zwei Delegiertenversammlungen teil. Der Vorstand befasste sich schwerpunktmässig mit den Themen Vereinbarkeit, Mitgliederwerbung und diskutierte Forderungen für eine Weiterbildungsoffensive beim Bund. Angesichts der raschen Veränderung der Arbeitswelt sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass sich alle weiterbilden können. Aktiv engagierte sich der Vorstand VPOD Bund auch an der Kundgebung für Lohngleichheit von Frau und Mann u.a. mit dem Verteilen von Luftballons.

Wichtigste Themen bei der Beratung der Mitglieder waren 2018: Bereinigung von Arbeitszeugnissen, Beurteilungen, Mahnungen, Aushandeln von Trennungvereinbarungen, Krankheit / Unfall, und Konflikte mit Vorgesetzten. Häufig waren auch die Kurzberatungen für noch-nicht-Mitglieder zur Lohneinreihung in der Bundesverwaltung.

Für den VPOD Bern Bundespersonal:

Christof Jakob, Sekretär
Luzia Siegrist und Martin Krebs,
Co-Präsidium